



Vinzenz Arnold, Landrat, Schattdorf

Schattdorf, 26. Juni 2013 2012

### **Interpellation zur Rückführung von Asylanten**

Im Asylwesen ist der Wurm drin. Harzig verläuft es vor allem auch bei den Rückführungen. Am letzten Abstimmungssonntag hat das Schweizer Volk wieder eindrücklich seine Sorge in Bezug auf die Missbräuche im Asylwesen ausgedrückt. Nur konsequentes Handeln bei der Beschleunigung der Verfahren, eine harte Linie gegenüber kriminellen Asylmissbrauchern sowie eine Senkung der Attraktivität für Wirtschaftsmigranten ohne Flüchtlingseigenschaft verringern die Missbräuche.

Die Kantone sind massgeblich beteiligt bei der Rückführung von abgewiesenen Asylbewerbern oder illegal Anwesenden. Sie haben die gezielten Vorarbeiten zu leisten und dementsprechend sicher zu stellen, dass die Asylanten die Schweiz verlassen. Die Probleme sind für die Kantone dabei nicht zu unterschätzen. In zahlreichen Kantonen fehlen Ausschaffungsgefängnisse bzw. Administrativhaftplätze. Daher tauchen abgewiesene Asylbewerber regelmässig unter, um eine Ausschaffung zu vermeiden.

Das Untertauchen verursacht immense Kosten und Verzögerungen. Besorgniserregend in diesem Zusammenhang ist vor allem auch, dass laut Zentralschweiz am Sonntag vom 26. Mai 2013 bei unterschiedlichen Behörden unterschiedliche Zahlen zu den untergetauchten Asylbewerbern vorliegen. Die bis zu 100 Asylanten, die ab 19. Juni 2013 in Realp untergebracht werden, machen die Situation für Uri sicher nicht einfacher.

### **Antrag**

Gestützt auf Artikel 127 der Geschäftsordnung für den Landrat des Kantons Uri ersuche ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie funktioniert im Kanton Uri das Ausschaffungswesen?
2. Wie viele Ausschaffungen sind in den letzten 3 Jahren nicht gelungen? Welches sind die Gründe für nicht vollziehbare Ausschaffungen? Welche Kosten entstehen dem Kanton Uri bei vollziehbaren und nicht vollziehbaren Ausschaffungen?
3. Welche und wieviele Haftplätze stehen insgesamt zur Verfügung?
4. Weshalb stimmen die Zahlen zu den untergetauchten Asylbewerbern des BFM und der zuständigen Urner Behörde nicht überein? (siehe Beilage) Wie will der Regierungsrat verhindern, dass zahlreiche Asylanten - vor ihrer Rückführung - im Kanton Uri untertauchen?

5. Besteht zwischen den untergetauchten Asylanten und den zahlreichen Einbruchdiebstählen in Uri ein Zusammenhang?

6. Welche Gegenleistungen hat der Kanton Uri für die Eröffnung des Asylzentrums in Realp mit dem Bund ausgehandelt?

7. In den Gemeinden, die Bundeszentren beherbergen, gibt es oftmals Probleme mit den Asylanten, namentlich im Zusammenhang mit unhöflichem Benehmen, Diebstählen, Drogen und Alkohol. Welche Massnahmen hat Uri mit dem Bund ausgehandelt, damit solche Probleme nicht auch im Asylzentrum in Realp entstehen?

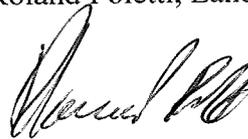
Ich danke dem Regierungsrat auch im Namen des Zweitunterzeichners für die Beantwortung der Fragen.

Erstunterzeichner

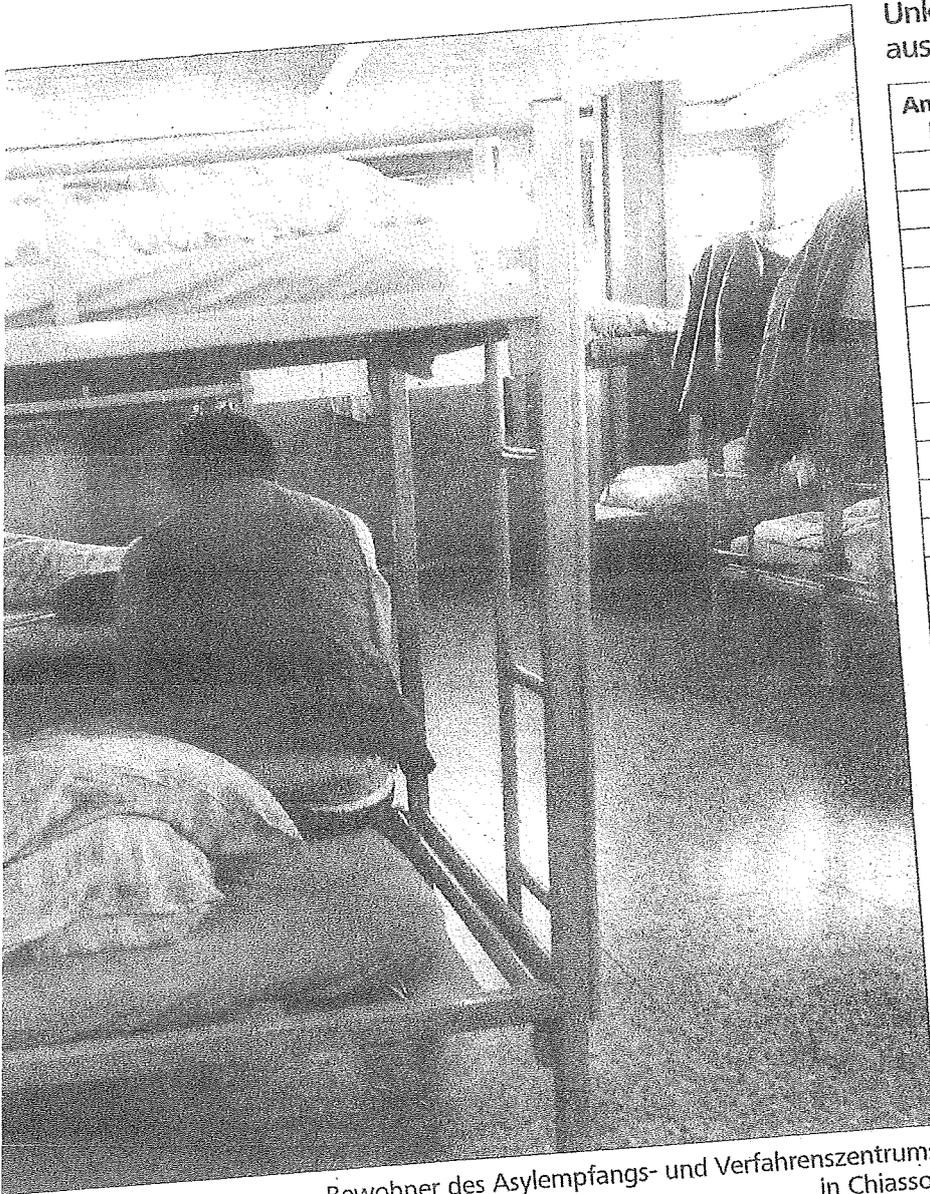
Zweitunterzeichner

Vinzenz Arnold, Landrat, Schattdorf .....

Roland Poletti, Landrat, Schattdorf



# Schweizer Asylwesen



Bewohner des Asylempfangs- und Verfahrensentrums in Chiasso.

Keystone/Karl Mathis

## Unkontrollierte Abreisen aus dem Asylprozess 2012

Angaben BFM	Kanton	Angaben Kantone
655	AG	702
10	AI	9
45	AR	64
758	BE	863
183	BL	286 (98 wieder aufgetaucht)
132	BS	keine Statistik
219	FR	keine Statistik
413	GE	500
34	GL	keine Antwort
183	GR	204
95	JU	keine Antwort
331	LU	343
185	NE	266
37	NW	40
36	OW	39
482	SG	208
68	SH	keine Statistik
258	SO	261
98	SZ	98
218	TG	86
338	TI	keine Antwort
22	UR	40
583	VD	keine Antwort
219	VS	313
76	ZG	keine Statistik
1149	ZH	keine Statistik

BFM tauchten Asylsuchenden innert 14 Tagen nach Bern zu melden. Beim Bundesamt für Migration hat man denn auch keine rechte Erklärung für die Unterschiede: «Da die Zahlen aus den kantonalen Statistiken tendenziell höher liegen als jene des BFM, gehen wir davon aus, dass es sich bei der Differenz um Menschen handelt, die nach einem Asylentscheid abtauchen», sagt Sprecher Michael Glauser. Die publizierten Statistiken des Bundes würden nur Asylsuchende bis zum Entscheid erfassen, erklärt er. «Der Vollzug liegt nachher in der Verantwortung der Kantone.» Doch auch menschliche Fehl-

er will Glauser nicht ausschliessen. In Einzelfällen sei es möglich, dass nicht alle Untergetauchten dem Bund gemeldet wurden. Zudem müsse man bedenken, «dass es sich bei den Asylsuchenden zumeist um junge allein stehende Männer handelt, die entsprechend mobil sind», weist Glauser auf ein weiteres Problem hin. «Im Moment verzeichnen wir beispielsweise einen Zuwachs an marokkanischen Asylsuchenden. Diese kommen nicht aus Marokko direkt, sondern aus Südeuropa, wo sie durch die Wirtschaftskrise arbeitslos geworden sind. Nun sind sie in ganz Europa auf der Suche nach Arbeit.»

Konfrontiert mit solchen Situationen ist es schwierig, die Übersicht zu haben. So sind etwa im Kanton Basel-Landschaft 98 von den 286 im Jahr 2012 verschwundenen Asylsuchenden später wieder aufgetaucht. Das erschwert eine saubere Statistik. Daher äussern auch Politiker Verständnis für die unstimmgigen Zahlen: «Es ist schwierig, stabile Zahlen in Migrationsfragen zu erheben», sagt der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister. Die Zahlen zeigten zwar, dass es im Asylwesen zu wenig Ordnung gebe, so der Asylpolitiker. «Sie zeigen aber auch, dass die Beteiligten am Anschlag laufen.»